

men? Dann würden wesentlich im Lande nur die Gegner von solchen Handelsverträgen zum Wort kommen, und es würde dann hüben und drüben zuletzt eine solche kühle Stimmung des Volkes in Bezug auf den Fortgang der Verhandlungen erscheinen, daß dieselben selbst darunter leiden könnten, ja die Regierung irre werden könnte, ob sie sich bei den weiteren Verhandlungen überhaupt auf eine Bewegung des Volkes stützen könnte.

Ich glaube einige Worte noch hinzufügen zu müssen mit Rücksicht auf die Angriffe, denen die Politik der Regierung, die Anknüpfung von Vertragsverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn ausgesetzt war, gerade während der letzten Parlamentsferien. Aus einer „alten Kafentente“ (Heiterkeit) ist in der letzten Zeit ein Signal aufgestiegen, dazu bestimmt, die Agrarier diesseits der Grenze und die industriellen Schutzzöllner jenseits der Grenze aufzuwecken gegen einen Handelsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Es ist so dargestellt worden, als ob ein solcher Handelsvertrag, indem er wirtschaftliche Beschränkungen beiden Völkern auferlegte, sich vergleichen lasse mit der Abkist, Deutschland einen Tribut aufzuerlegen an Oesterreich-Ungarn. Das sei geeignet, den politischen Dreibrund unpopulär zu machen und dadurch auch die politische Situation zu trüben. Wenn deshalb die Regierung wirklich einen Tarifvertrag mit Oesterreich-Ungarn anstrebe, so müsse sie zuvor den Reichstag auflösen und dem Volke Gelegenheit geben, sich darüber auszusprechen, ob es eine solche Tarifreform im Wege des Vertrages wüßte, da das Volk bisher in dieser Beziehung noch nicht zum Worte gekommen sei. Diese Aeußerungen haben in der ausländischen Presse eine gewisse Beachtung gefunden, weil sie von einer Stelle herrührten, die um die Stiftung des politischen Dreibrundes sich Verdienste erworben hat. Eine Auflösung des Reichstages, eine Neuwahl unter der Parole, ob die Regierung in Bezug auf die Erleichterung der Ernährung des Volkes und Verbesserung der Lebensmittel zu unterstützen sei oder nicht, solche Wahlen möchte ich noch einmal erleben (Große Heiterkeit); denn sie wären geeignet, den letzten Agrarier aus dem deutschen Parlament hinweg zu fegen. Es ist bedauerlich, daß Fürst Bismarck diese konstitutionellen Ansichten nicht schon während seiner aktiven Dienstzeit gehabt hat. (Sehr wahr!) In den beiden Fällen, in welchen er den Reichstag aufgelöst hat, 1878 und 1887, da ist bloß die Rede gewesen von Sozialdemokraten und von Militärjüngern. Der Fürst Bismarck aber hat sich damals gehütet, das Volk über die neuen Steuern und Zölle zu befragen, zu deren Einführung er nachher die Mehrheit aus diesen Wahlen gebrauchte. Es handelt sich bei dem Abschluß von solchen Handelsverträgen nicht um die Auferlegung eines Tributs für Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sondern umgekehrt: Die beiden Länder sollen und wollen sich wechselseitig beistehen, um sich von Tribut zu befreien, die sie in ungerechtfertigter Höhe an den Grundbesitz und gewisse Zweige des Kapitals zu entrichten haben, so lange dasselbe den Markt allein zu beherrschen in der Lage ist. Mit vollem Recht ist vor kurzem geäußert worden: „die Welt am Ende des 19. Jahrhunderts steht unter dem Zeichen des Verkehrs.“ Der Verkehr durchbricht die Schranken, welche die Völker trennen, und knüpft zwischen den Nationen neue Beziehungen an.“ Das ist durchaus richtig in Betreff jeder Verkehrseinrichtung, jeder neuen Eisenbahn, jedes Durchstichs eines Tunnels, jeder neuen Dampfschiffahrtverbindung. Aber was wollen denn Handelsverträge anderes? Sie wollen nur die künstlichen Hindernisse gegen solche Verkehrserschleichterungen hinwegräumen, die das selbstliche Interesse den einzelnen Völkern sich auferlegen bemüht. Wenn Tarifverträge im Stande wären, einen Tribut aufzuerlegen, dann würde man dasselbe doch auch von wirtschaftlichen Verträgen aller Art behaupten können, dann würde man überhaupt keinerlei wirtschaftliche Verträge abschließen können, denn alle diese Verträge legen der wirtschaftlichen Autonomie jedes Staates Beschränkungen auf; ja dann würde man überhaupt nur Tarifverträge abschließen nicht mit stammverwandten, nicht mit befreundeten Völkern, sondern nur mit wilden oder politisch gleichgültigen Völkern, weil man nicht gleichgültig sein könnte in der Frage, ob die politische Freundschaft durch solche Verträge beeinträchtigt wird oder nicht. Nein, die politische Freundschaft wird durch solche Verträge nicht beeinträchtigt, sondern gestärkt und gefördert; denn die Wirkung dieser Verträge erzeugt ein stärkeres Bewußtsein der Solidarität der Interessen der Völker hüben und drüben. (Sehr wahr!) Die Verträge ermöglichen es erst, daß jedes Volk dasjenige für den Weltmarkt produziert, was seiner Originalität am meisten entspricht (Sehr wahr!). Sie ermöglichen die eigentliche nationale Entwicklung der einzelnen Völker und zugleich eine internationale Arbeitsteilung, bei welcher jeder Theil am besten steht. Die Verträge binden der Form nach zwar die einzelnen Staaten, aber in Wahrheit verpflichtet sich darin jeder Staat nur dem anderen gegenüber, wozu ihn schon sein eigenes Interesse gegen seine Kontrahenten verpflichtet. Und dann, Fürst Bismarck selbst hat doch gerade in der ersten Periode seiner Regierung, seiner jugendfräftigen Regierung, gerade diese durchgreifenden Tarifreformen im Wege der Handelsverträge eingeleitet. Er selbst hat Tarifverträge auch mit Oesterreich-Ungarn zweimal, 1865 und 1868, abgeschlossen. Es ist durchaus unwar, daß ein solcher Vertrag irgendwie nachtheilig einwirken kann auf den Dreibrund. Im Gegentheil, die Geschichte zeigt, daß gerade der Tarifvertrag, welcher 10 Jahre in Kraft bestanden hat mit Oesterreich, ein Tarifvertrag, wahrscheinlich viel einschneidender, als derjenige, der jetzt von der Regierung beabsichtigt ist, unmittelbar vorgegangen ist dem Abschluß des Bündnisses. Er hat gerade die Stimmung hervorgebracht, aus der heraus man nachher auch zu politischen Vereinbarungen gelangte.

Es war bezeichnend, daß 1868, als zum ersten Mal seit 1848 wieder eine einheitliche deutsche Vertretung sich in Form des Zollparlamentes in Berlin zusammenfand, die erste Arbeit dieser Vertretung gerade der Abschluß eines Tarifvertrages mit Oesterreich war. In der Thronrede aus der Feder des Fürsten Bismarck, die damals verlesen wurde, wurde Werth darauf gelegt, auf „die dauernde Regelung der Verkehrsbeziehungen zu dem Nachbarlande, welches durch Stammesverwandtschaft und die mannigfaltigen materiellen Interessen mit Deutschland eng verbunden ist“. Das damalige Zollparlament beilegte, dieser Politik seine Anerkennung zu zollen in der Form einer Adresse, in welcher es in Bezug auf den Handelsvertrag mit Oesterreich hieß: „Den Handelsvertrag nehmen wir mit großer Genugthuung entgegen. Wir legen auf freundschaftliche Beziehungen zu dem durch Stammesverwandtschaften und durch mannigfache Bande mit uns so eng verbundenen Nachbarlande einen hohen Werth.“ Ich hielt mich verpflichtet, wegen der Beachtung, die jener Angriff auf die Vertragspolitik der Regierung im Auslande gefunden hat, einige Worte zu sagen. Im Inlande haben sie diese Beachtung nicht gefunden. Im Gegentheil, derartige Bestrebungen, wie sie von Friedrichsruh jetzt verlautbaren, sind eher geeignet, die Sache, für die sie eintreten, zu schädigen in der öffentlichen Meinung, als dieselbe zu kräftigen. Ich würde es verstehen, wenn Herr Fürst Bismarck von seinem Recht Gebrauch machte und seine Ansichten öffentlich im Herrenhause vertrat, in dem er durch das allerhöchste Vertrauen weiland König Friedrich Wilhelm IV. in einen lebenslänglichen Sitz eingenommen hat. Aber ich verstehe es nicht, wie derselbe Fürst Bismarck aus dem Rücksicht, aus dem Wunsch in Friedrichsruh (Heiterkeit) gewissermaßen hinter dem Bretterzaun der „Hamburger Nachrichten“ seine Werfen kann auf seinen Nachfolger, um die Vertragspolitik, die Verhandlungen mit dem Auslande zu stören. Ich habe, so lange Fürst Bismarck hier in Macht und Ansehen stand, niemals ein

Blatt in diesem Hause ihm gegenüber vor den Mund genommen (Zustimmung.) Darum halte ich mich ebenso für berechtigt wie verpflichtet, in dem Augenblick, wo ein solcher publizistischer Unfug von ihm aus Friedrichsruh veranlaßt wird, denselben vor dem Lande zu kennzeichnen. (Beifall links.) Wäre Fürst Bismarck in seinem Privatleben für sich geblieben, so würde ich ihn hier nicht in die Kritik hineinziehen, da er aber selbst in die öffentlichen Dinge sich hinein mischt, so muß er sich auch die Kritik von der Reichstagstribüne gefallen lassen. Die Rakete ist jetzt aus der alten Riste aufgestiegen, sie hat gezischt, ist aber alsbald verpufft. Erleuchtet hat sie Niemand mit Ausnahme des Herrn von Kardorff. (Große Heiterkeit.) Herr von Kardorff hat es für angezeigt gehalten, in diesen Tagen in einer von ihm veröffentlichten Erklärung in der „Post“ dasselbe zu wiederholen, was Fürst Bismarck in den „Hamburger Nachrichten“ hat vertreten lassen. Er hat gleichfalls die Ansicht ausgesprochen, der Abschluß des Handelsvertrages mit Oesterreich sei geeignet, den Dreibrund unpopulär zu machen. Ja, seine Erklärung war geeignet, die österreichischen Schutzzöllner für die diesseitigen als Bundesgenossen zu werben, um beiderseits den Abschluß des Handelsvertrages zu vereiteln. Unter einer Bedingung indeß hat v. Kardorff sich einverstanden erklärt mit dem Abschluß des Handelsvertrages, wenn nämlich gleichzeitig die Verhältnisse in seinem Sinne geregelt werden. Ja, wie kann aber Herr v. Kardorff sich eine solche Regelung denken, ohne eine internationale Einigung, die er gerade bei diesem Vertrage doch bekämpft? Indessen einen milderen Umstand muß ich für ihn gelten lassen, nämlich das eigenthümliche Verhalten der „Post“, das ihn veranlaßt, in dieser Erklärung mit seinem Namen in der „Post“ aufzutreten. Ja, was man nicht alles erlebt! Diese „Post“ war seiner Zeit vom Fürsten Bismarck ausgerufen, zuerst den Segen der Schutzzollpolitik zu offenbaren; und in derselben „Post“, in welcher Herr v. Barnbüler seine Ansichten offenbarte, das Verbot der Magnaten von Schlesien, die ja mit ihrem Geldbeutel hauptsächlich an dieser Politik interessiert sind, in dem offiziellen Organ der Freikonserativen, lesen wir jetzt den Satz, daß die Einführung von Getreidezöllen durchaus plumpe Mittel seien, um der Landwirtschaft zu helfen, daß sie wie die Einführung von Morphium eine Kur bedeuten, die, je länger sie man wiederholt, um so sicherer die wirtschaftlichen Organismen der deutschen Landwirtschaft ruiniert. Niemals ist mir ein derartiger politischer Burleske vorgekommen, wie dieser Artikel. Es deutet dies allerdings darauf hin, daß im freikonservativen Lager in Bezug auf die Zollpolitik die Auflösung schon weiter vorgeschritten ist, als wir bisher annahmen. Der Gedanke mit der Morphiumspritze ist ganz treffend. Die Morphiumbehandlung hat viel Ähnlichkeit mit der Schutzzollpolitik, die wohl im Stande ist, für den Augenblick die Industrie zu beleben, aber infolge dessen später immer mehr und mehr Erschlaffung nach sich zieht, und geeignet ist, den Organismus selbst zu zerstören, je länger sie Anwendung finden wird. Darum müssen wir wünschen, daß die Regierung so bald als möglich diese Kur aufgibt und einen anderen Kurs einschlägt und zu derjenigen Zoll- und Handelspolitik zurückkehrt, die unserer Meinung nach bis 1879 als die richtige in Anwendung gewesen ist. Gerade die Jetztzeit ist besonders geeignet, diese Wendung einzuleiten. Die Produzenten sind durch die für sie günstigen Verhältnisse in der letzten Zeit in den Stand gesetzt, Uebergangsverhältnisse zu ertragen. Die Finanzverhältnisse dulden gleichfalls gerade jetzt eine große Reform. Der Herr Staatssekretär selbst hat ja bei der ersten Etatsberatung für das laufende Jahr bereits einen Ueberschuß von 64 Millionen allein aus den Zöllen angenommen, wenn dieselben auch nur den Betrag des Vorjahrs erreichten. In den bisher bekannten 8 Monaten des laufenden Jahres sind die Zolleinnahmen bereits 24 Millionen höher, jedoch, selbst wenn in den übrigen 4 Monaten kein Mehr erreicht wird, doch bereits eine Mehreinnahme aus den Zöllen von 88 Millionen vorhanden ist. Das ist ein Betrag, mit dem man schon große Reformen auf dem Gebiete des Zolltarifs und der Verbrauchssteuern durchführen kann. Wenn Sie, was wir beantragen, die beiden Anträge an die Budgetkommission verweisen, so würden wir in der Lage sein, das noch näher darzulegen, an der Hand des Etats und der Rechnungen, die über Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern vorliegen. Nehmen Sie den Antrag ab, so würden wir Sie um das Odium auch nicht beneiden, das Sie dadurch der öffentlichen Meinung gegenüber auf sich nehmen. Das, was wir mit dem Antrage erstreben, können wir zudem ja, wie schon angeführt, an drei anderen Stellen, mit Nachdruck weiter verfolgen.

Die Macht der Verhältnisse ist stärker als der Wille der Menschen, und ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß noch in dieser Session zum Mindesten Theile unseres Antrages durch eine Mehrheit ihrer Verwirklichung entgegengeführt werden. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Lutz (son.): Mit der Einführung der landwirtschaftlichen Schutzzölle haben wir keine einseitige Interessenpolitik getrieben, sondern nur das einzige wirksame Mittel angewandt, um die Landwirtschaft lebenskräftig zu erhalten. Wir haben dadurch allein auch die Landwirtschaft in die Lage versetzt, Abnehmerin der Industrieerzeugnisse zu bleiben, und wir glauben daher, im Interesse der vaterländischen Industrie sowohl wie der Landwirtschaft zu handeln, wenn wir an den bestehenden Schutzzöllen festhalten. Es ist unrichtig, daß nur der Großgrundbesitz Vortheil hat von den Zöllen; der Bauer bedarf derselben ebenbürtig, er würde ohne angemessene Getreidepreise in eine sehr prekäre Lage kommen. Die Agitation gegen den landwirtschaftlichen Schutzzoll bedeutet ebenbürtig Feindschaft gegen den Bauern und landwirtschaftlichen Arbeiter, wie eine Lohnherabsetzung beim industriellen Arbeiter. Gerade so wie der amerikanische kleine Bauer würde auch der deutsche Bauer durch eine Aufhebung der landwirtschaftlichen Zölle vernichtet werden. (Beifall rechts.) Die Verschuldung würde noch größer werden.

Wenn die Viehbestände reduziert worden sind, so lag das an der schlechten Ernte in den vorangegangenen Jahren. Eine Milderung der Vorsichtsmaßregeln gegen Einschleppung der Seuchen ist unthunlich, in diesem Sinne haben sich auch in Bayern weite sachverständige Kreise ausgesprochen. Die Viehtransporte aus Oesterreich wiesen fortgesetzt viele mit Maul- und Klauenseuche befallene Kinder auf. Nicht dem Getreidebau ist die Viehzucht der hervorragendste Theil nationalen Wohlstandes. Er verlangt Berücksichtigung, und deswegen müssen die Maßregeln zum Schutze dieser Viehzucht vorhanden sein. Dem Reichskanzler möchte ich in dieser Beziehung eine genauere Erwägung anheimgeben. Die Regierung möge sich bewußt sein, was sie in dem Kampfe gegen die Zölle thun soll. Wird nach dem sozialdemokratischen Antrag verfahren, so wird der Bauernstand in seinem Wohlstand vernichtet. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Schalscha (Ztr.): Es ist bezeichnend, daß Herr Richter den Handelsvertrag mit Oesterreich billigt, ohne seinen Inhalt zu kennen. Das wirkt er doch sonst anderen vor. Hat sich Herr Richter geändert oder der Bundesrathstisch? Mit dem Vorredner bin ich vollkommen einverstanden, wenn er sagt, daß eine Aufhebung der Zölle den Bauernstand, den kleinen Grundbesitzer ruinieren würde. Die Bewegung des Roggenpreises hängt auch nicht von den Zöllen, sondern von der Bewegung des Rubelpreises ab. Der Preis des Roggens ist auch nicht nach jeder Follerhöhung entsprechend heraufgegangen, sondern im Gegentheil immer mehr heruntergegangen. Es handelt sich bei den Preischwankungen des Roggens nicht um die Höhe der Zölle, sondern um das Schwanke des

Preises des Geldes, in welchem gezahlt wird. Der Weizenpreis hängt von dem Preise des Silbers ab, und daraus sind die Bestrebungen für die amerikanische Silberbill zu erklären. Die Währungsfrage ist also von großer Bedeutung, und ich bitte die Regierung, diese Frage bei den österreichisch-ungarischen Verhandlungen mit in Erwägung zu ziehen. Wenn der Zoll das Getreide nicht verteuert, so kann man ihn daher nur als Finanzzoll betrachten. Die Zölle sind nichts als ein Beitrag des Volkes zum Etat, und wir haben keinen Grund, diesen Betrag zurückzuweisen. (Abg. v. Bamberger: Verboppeln Sie doch den Betrag!) Alles hat seine Grenzen, und ich halte 5 Mark für diese Grenze. Meine politischen Freunde stehen den beiden Anträgen Auer und Richter nicht sympathisch gegenüber.

Abg. Dr. Buhl (natl.): Ich muß mein Bedauern darüber ausdrücken, daß des unvergeßlichen Gründers des Deutschen Reiches in einer solchen Weise gedacht wurde, wie es seitens des Abg. Richter geschehen ist. Die Meinung des Vorredners, daß der Zoll auf den Preis gar keinen Einfluß hat, kann ich nicht theilen. Aber der Preis hängt nicht bloß vom Zoll, sondern auch von der Ernte ab. Jedenfalls aber nützen sie dem kleinen Bauern mehr als dem Großgrundbesitzer. Für die landwirtschaftlichen Zölle besteht auch in den Städten ein großes Interesse, sogar auf Seiten der Arbeiter, welche aus einem Zurückgehen der Kaufkraft der Landwirtschaft ein Heruntergehen der Löhne befürchten. Ein Zurückgehen der Landwirtschaft würde eine Vergrößerung der Städte zur Folge haben, was für Deutschland ein großes Unglück wäre. Daß der kleine Brenner von den Getreidezöllen Nutzen hat, beweisen die Getreideverkäufe in meinem Kreise, in welchem bei mittlerer Ernte mehr Getreide produziert, als für die eigene Familie gebraucht wurde. Aus diesem Grunde stimme ich, ich spreche nicht im Namen meiner Partei, gegen die Anträge und gebe noch zu bedenken, daß es etwas anderes ist, Zölle zu bewilligen und bestehende Zölle abzuschaffen.

Hierauf wird ein Votationsantrag angenommen. Abg. Richter (persönlich): Abg. Buhl hat sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß ich die Verdienste des Fürsten Bismarck als des Gründers der deutschen Einheit herabgeleitet habe. Ich habe nicht die Verdienste des Fürsten Bismarck in der Vergangenheit herabgeleitet, sondern ich habe sein Benehmen in der Gegenwart bedauert, welches gerade mit seiner politischen Vergangenheit nicht in Einklang zu bringen ist.

Abg. Buhl: Ich habe nur die Form getadelt, in welcher Abg. Richter des Fürsten Bismarck gedacht hat.

Abg. Richter: Meine Form entsprach nur der Art der Angriffe, die Fürst Bismarck hinter dem Bretterzaun der „Hamb. Nachrichten“ aus dem Busch heraus auf seinen Nachfolger gerichtet hat. Sein Bedauern hätte der Abg. Buhl also an eine andere Stelle richten müssen (Lebhafter Beifall links).

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Berathung). Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

— Berlin, 13. Jan. Eine verheißungsvolle Botschaft hat der Reichskanzler heute in die Welt gehen lassen, und die Reichstagsverhandlung über die Lebensmittelzölle bekommt durch die kurze, aber inhaltschwere Vorbemerkung des Herrn v. Caprivi eine überraschend große Bedeutung. Zum ersten Male wird hier offiziell mitgetheilt, daß die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn einen günstigen Fortgang nehmen und das Gelingen in nahezu sichere Aussicht stellen. Zugleich aber wird bestätigt, daß auch mit anderen Staaten Verhandlungen eingeleitet werden sollen. Welche Staaten das sind, sagt der Reichskanzler nicht. Offiziös ist schon darauf verwiesen worden, daß auch Italien in den Kreis der Vertragsmächte eingezogen werden soll. Aber Herr v. Caprivi spricht nicht bloß von einem Staate, sondern von Staaten in der Mehrheit: Es kann das kaum anders verstanden werden, als daß auch mit Frankreich Verhandlungen wirtschaftspolitischer Natur beabsichtigt sind. In der sich anschließenden Debatte legte der Abg. Richter die Aeußerung des Reichskanzlers dahin aus, daß hiernach erfreulicherweise mit dem System der differentiellen Behandlung der Getreideimporte gebrochen werden zu sollen scheine. Wir wollen wünschen, daß diese Auslegung zutreffen möge. Ob sie es wirklich thut, wird sich erst zeigen müssen. Jedenfalls sind wir um eine Reihe wichtiger Schritte vorwärts gekommen. Auf den konservativen Banken wurde die Bemerkung des Herrn von Caprivi, daß die verbündeten Regierungen das Gedeihen der Landwirtschaft sich fortgesetzt am Herzen liegen lassen würden, mit lautem Beifall begrüßt. Wer möchte wohl etwas gegen ein solches Programm einzuwenden haben? Die Frage wird immer nur sein, auf welchem Wege das Ziel erreicht werden soll; über das Ziel selbst giebt es keinen Streit, und die Wohlfahrt der Landwirtschaft ist den Liberalen nicht weniger ein Gegenstand der Fürsorge als den Konservativen. Aber die Agrarier täuschen sich selber, wenn sie aus den freundlichen Worten des Herrn v. Caprivi Dinge heraushören, die nicht darin sind. Die Ermäßigung der Getreidezölle um 1½ Mark ist nun einmal beschlossene Sache, und das Wohlwollen, das der Grundbesitz von Seiten der verbündeten Regierungen zu erwarten hat, wird hiernach zu seiner Bethätigung andere Wege einschlagen müssen als die, mit welchen die Agrarier bisher ihr Wohl und Wehe verbunden hatten. Eine Getreidezolldebatte im Reichstage ist eigentlich undenkbar, ohne daß zugleich die Gestalt des Fürsten Bismarck unsichtbar und doch bedeutsam aus den Verhandlungen emporwüchse. In der That ist heute viel vom ehemaligen Reichskanzler die Rede gewesen, und die „Hamburger Nachrichten“ werden wohl alsbald in die Lage kommen, uns zu erzählen, was Fürst Bismarck geantwortet haben würde, wenn er bei der Rede des Abg. Richter auf seinem früheren Platz gesessen hätte. Schade, daß der Fürst davon abgekommen ist, sich in den Reichstag wählen zu lassen. Es müßte ein wahres Vergnügen sein, ihn als Abgeordneten das Wort nehmen zu hören, um die Politik von ehemals gegen die von heute zu vertheidigen. Aber vielleicht kommt es noch dahin. Fürst Bismarck wird immer mehr einsehen müssen, daß es in der anonymen Weise, in der er heute seinen Standpunkt als leidenschaftlicher Politiker, der er ist und bleiben wird, vertreten läßt, auf die Dauer wirklich nicht geht.

Der Kaiser wohnte am Montag Abend der Vorstellung im Opernhaus bei und trat in der Nacht zum Dienstag die Reise nach Swinemünde an, um die Eisverhältnisse im Haff zu besichtigen.

Die Unterredung des Reichskanzlers v. Caprivi mit Windthorst hat sich, wie dem „Hamb. Korresp.“ offiziös geschrieben wird, nur auf die Jesuitenfrage bezogen, nicht auf den Welfenfonds.

Einem Privatbriefe aus Cannes, der an einen Berliner Fabrikanten gerichtet ist, entnimmt das „Berl. Tagebl.“ die Mittheilung, daß in einem dortigen Hotel Zimmer für den Fürsten Bismarck bereit gehalten werden, da derselbe im Interesse seiner Gesundheit beschlossen habe, einen Theil des Winters in dem genannten südfranzösischen klimatischen Kurort zu verbringen. — Bestätigung der nicht allzu wahrscheinlich klingenden Nachricht wird abzuwarten sein.

Die „Hamburger Nachrichten“, bekanntlich jetziges Organ des Fürsten Bismarck, versuchen neuerlich wiederum den Bauern bange zu machen in einem Artikel, in welchem auszuführen versucht wird, daß die neue Landgemeindeordnung eine mehr parlamentarische und bürokratische Gestaltung der bürgerlichen Gemeinden bezwecke. Die Herrschaft der niedrigsten Stufe der Bureaucratie werde auf dem Lande an die Stelle des bisherigen bürgerlichen Elements gesetzt werden. Es ist fürwahr eine bittere Ironie, bemerkt dazu die „Frei. Ztg.“, unter der gegenwärtigen Landgemeindeordnung von einer „Herrschaft des bürgerlichen Elements“ auf dem Lande zu sprechen. Es herrscht in den östlichen Provinzen der Landrath, der Gendarm und der Amtsvorsteher.

Salberstadt, 12. Jan. Bei der heutigen Ersatzwahl eines Landtagsabgeordneten an Stelle des zurückgetretenen Herrn J. J. J. wurde der Reichstagsabgeordnete unseres Wahlkreises, Herr a. D. Kimpau-Emersleben, mit 406 und von 428 abgegebenen Stimmen gewählt; der von den Deutschfreisinnigen aufgestellte Wahlkandidat, Rechtsanwalt Träger-Nordhausen erhielt 22 Stimmen. 125 Wahlmänner haben ihr Wahlrecht nicht ausgeübt.

Polales.

Posen, den 14. Januar.

— **u. Witterung.** Nach dem ungewöhnlichen Schneefall am 11. und 12. d. M. stellte sich schwaches Thauwetter ein, welches bis gestern Abend anhielt. In der letztvergangenen Nacht dagegen hat sich, entsprechend der letzten Prognose in dem falschen Witterungsbericht in unserer Zeitung, ein heftiges Schneetreiben eingestellt, das gegenwärtig noch anhält. Die Schneedecke ist dadurch wieder nicht unwesentlich verstärkt worden; der Fußgängerverkehr in den Straßen unserer Stadt war heute Morgen wieder sehr erschwert.

d. **Die geplante große polnische Volksversammlung** wird nach dem Beschlusse des Komites am 21. d. M. hier selbst stattfinden. Auf der Tagesordnung derselben wird stehen: die Angelegenheit der Rückkehr des Jesuitenordens, über welche zwei Redner, ein weltlicher und ein geistlicher, referiren werden, sowie die Abänderung einer Petition an den Reichstag in dieser Angelegenheit; ferner die Schulangelegenheit, und die soziale Frage.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 13. Jan. S. M. Kreuzer „Habsicht“, Kommandant Korvettenkapitän von Dresh, ist am 12. Januar d. J. in Loanda eingetroffen und beabsichtigt, am 13. d. Mts. nach Kapstadt in See zu gehen.

Stettin, 13. Jan. Der Kaiser traf heute Nachmittag 5 Uhr an Bord des Eisbrechers „Berlin“, gefolgt von den Eisbrechern „Stettin“ und „Swinemünde“ hier ein, begleitet von dem Oberbürgermeister Haken und den Vorstehern der hiesigen Kaufmannschaft Geh. Rath Schlutow, Kommerzienrath Hafer und Kommerzienrath Wächter, welche die Fahrt von Swinemünde aus mitgemacht hatten. Unter Hochrufen des am Hafen versammelten Publikums verließ der Kaiser um 5 Uhr mittelst Sonderzuges die Stadt.

Essen a. d. M., 13. Januar. Einer Meldung der „Rhein.-Westf. Ztg.“ zufolge ist Dr. Gustav Ratorp, der Generalsekretär des Vereins für bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, gestern Abend in Folge einer Lungenentzündung gestorben.

Lübeck, 13. Januar. Einer Mittheilung der Handelskammer zufolge ist Travemünde seewärts erreichbar, das Fahrwasser bis Lübeck ist durch Eis blokt. Die Handelskammer wird morgen mit dem Aufbrechen behufs schleunigen Wiederbeginns der Schifffahrt beginnen.

Schwerin i. Meckl., 13. Januar. Die Mecklenburgische Staatsregierung erklärt in den „Mecklenburgischen Nachrichten“, daß die von der „Frankfurter Zeitung“ gebrachte Mittheilung von der Berufung des Fürsten von Bismarck zum Mecklenburgischen Ministerpräsidenten aller und jeder thatsächlichen Grundlage entbehre.

Malchin, 12. Januar. Das Schloß in Basedow ist heute durch eine Feuersbrunst zerstört worden. Gerettet wurde nur ein Theil der Bibliothek und der Gemälde. Der Besitzer des Schlosses, Graf Hahn, weilt gegenwärtig in England.

Karlsruhe, 12. Januar. Wie die „Karlsruher Zeitung“ meldet, befindet sich Prinz Wilhelm von Baden seit dem 8. d. M. in Karlsruhe.

Bern, 13. Jan. Die Gesamteinnahmen der Schweiz an Zöllen im abgelaufenen Jahre betrugen 31 079 186 Frs., also 3 625 271 Frs. mehr als im Jahre 1889.

Paris, 13. Jan. Deputiertenkammer. Der Bericht des diesseitigen Botschafters in Berlin Herbet über die deutschen Arbeitsverhältnisse wurde heute vertheilt. In demselben giebt Herbet einen Ueberblick über die Stellung des Staates zur Arbeiterfrage und die Forderungen der sozialistischen Partei. Der deutsche Arbeiter sei mit einer großen Passivität behaftet, welche ihn veranlasse, sich mit schlechter und unzureichender Nahrung zu begnügen unter größerem Verbrauch von Branntwein, dessen Mißbrauch selbst bei jungen Arbeiterinnen beobachtet werde. Der Bericht konstatirt, daß der Preis der Lebensmittel in Deutschland nicht so hoch sei,

wie in Frankreich, dagegen seien auch die Löhne geringer, die Kinder zahlreicher und die Frauen von geringerer Geltung als die französischen, sowohl als Hausfrauen wie als Familienmütter. Ohne den Schluß zu ziehen, daß die deutschen Arbeiter die am schlechtesten gestellt seien, wird doch behauptet, daß der deutsche Arbeiter sein Leben unter schwierigeren und unsichereren Bedingungen friste, als der französische Arbeiter, welcher doch die Aussicht habe, einen höheren Lohn zu erreichen. Der deutsche Arbeiter könne selbst unter günstigen Umständen nicht zu dem Wohl befinden des französischen Arbeiters gelangen.

Paris, 13. Jan. In dem heutigen Ministerrathe unterzeichnete Präsident Carnot die Vorlage betreffend die Genehmigung der in der internationalen Telegraphen-Konferenz in Paris am 22. Juni 1890 festgesetzten Telegraphentarife und der mit Deutschland, Rußland, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und der Schweiz getroffenen bezüglichen speziellen Abkommen.

Paris, 13. Jan. Einer Meldung des „Siècle“ zufolge werde der irische Deputierte Dillon, welcher voraussichtlich nächsten Sonntag aus Amerika in Frankreich eintreffen wird, definitiv als einziger Leiter der irischen Partei gewählt werden.

Das „Journal des Débats“ veröffentlicht einen Brief des Generals Beauffremont, welcher die von dem Marschall Mac Mahon gezeichnete Erklärung enthält, daß er zwar am Vorabend der Schlacht bei Sedan dem Kaiser Napoleon ein Dekret betreffs der Ernennung des damaligen Oberst Galliffet zum Brigadegeneral vorgelegt habe, daß dieses Dekret aber damals und auch später nicht unterzeichnet worden sei. Er wisse nicht, wie Galliffet sich habe zum General ernennen lassen können, ohne das Dekret dazu erhalten zu haben. Das „Journal des Débats“ sucht demgegenüber ausführlich nachzuweisen, daß ein Irrthum Mac Mahons vorliegen müsse.

Paris, 13. Jan. Von Buenos-Ayres eingegangene Meldungen über die Lage in Chili besagen, daß lediglich das chilenische Geschwader von einer aufständischen Bewegung ergriffen, die chilenische Armee aber dem Präsidenten Balmaceda treu geblieben sei. Die Bevölkerung verhalte sich ruhig. Die Regierung habe energische Maßregeln zur Unterdrückung der aufständischen Bewegung ergriffen, es sei der Belagerungszustand proklamiert.

Paris, 13. Jan. In der heutigen Sitzung der 9. Kammer des Zuchtpolizeigerichts wurde der wegen Begünstigung der Flucht Padlewskis in contumaciam zu 8 Monaten Gefängniß verurtheilte Journalist Gregoire mit 4 Monaten Gefängniß bestraft.

Madrid, 13. Januar. Eine neue Untersuchung der in Olot verhafteten Persönlichkeit hat ergeben, daß letztere dem Signalement von Padlewski nicht entspricht. Der Mörder des Generals Seliverstoff trug ein künstliches Gebiß, während der Verhaftete natürliche Zähne besaß.

In ganz Spanien herrscht fortwährend Kälte, in Madrid, Granada und Sevilla haben bedeutende Schneefälle stattgefunden. Die Landwirtschaft ist durch den Frost schwer geschädigt. An den Küsten dauern die Stürme fort.

Konstantinopel, 13. Januar. Der Sultan verließ den Offizieren und Mannschaften des deutschen Kanonenbootes „Wolf“, welches die Ueberlebenden bei dem Schiffbruch des türkischen Panzerschiffes „Erthogral“ nach Kobe (Japan) gebracht hatte, goldene respektive silberne Rettungsmedaillen.

Der preussische Major v. Hülßen, welcher in spezieller Mission an den Sultan abgesandt war, kehrt mit einem Handschreiben des Sultans an den Kaiser Wilhelm nach Berlin zurück.

Newyork, 13. Jan. Ein Privattelegramm aus Valparaiso meldet, die chilenische Marine hätte revoltirt, indem sie sich gegen angeblich willkürliche Handlungen des Präsidenten Balmaceda erklärt habe.

Newyork, 13. Jan. Bezüglich des von der kanadischen Regierung mit Zustimmung Englands eingeleiteten Prozesses vor dem obersten Gerichtshof in Washington, um die betreffenden amerikanischen Behörden in Alaska zu verhindern, englische Fischerboote im Behringsmeer mit Beschlag zu legen, veröffentlicht der „New-York Herald“ eine Depesche aus Washington, welche bemerkt, daß der Zweck dieses Verfahrens sei, die Behringsmeerfrage durch richterlichen Spruch zu entscheiden und dieselbe somit aus dem Gebiete diplomatischer Verhandlungen zu entfernen. Die Handlungsweise der kanadischen Regierung habe sowohl beim Präsidenten Harrison, wie bei dem Staatssekretär Blaine, dem gesammten Kabinett und den Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten des Senats und des Repräsentantenhauses große Verstimmung hervorgerufen. Wie verlautet, wird Blaine eine diesbezügliche Note an den diesseitigen Gesandten in London, Lincoln, richten.

Washington, 14. Jan. Das Kabinett soll gestern die Behringsmeerfrage berathen haben. Bei der Verathung des obersten Gerichtshofes über denselben Gegenstand widersetzte sich der Generalprokurator dem Antrag, in dem erklärt wird, der Gerichtshof habe keine Jurisdiktion; die Angelegenheit sei eine politische. Die Verhandlung wurde auf den 26. d. M. festgesetzt.

Angekommene Fremde.

Posen, 14. Januar.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Steinfeld und Familie aus Schollow, von Swiniarski aus Jaschowo, Hauptmann Epner aus Lugowin, Fobers und Familie aus Niedzulesie, Pastor und Königl. Kreischulinspektor Widert aus Schroda, Arzt Dr. Beleties aus Owinik, Fabrikant Haas aus

Nemisch, die Kaufleute Jiede aus Leipzig, Kraenkel aus Breslau, Stahlberg, Meineber, Lepp, Oppenheimer und Steiner aus Berlin, Raibfuß aus Selb i. Bayern, Steinig aus Breslau, Kaufmann aus Magdeburg, Kermer aus Krefeld, Gottschalk aus Kassel, Student Krays aus Berlin.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Laupus aus Brünn, Werres aus Lübeck, Büchel aus Götting, Nientenau von Dechend und Frau aus Komorowo, Zil. Zehlan aus Komorowo, Fabrikant Bierz aus Aachen, Inspektor Krennfahrt aus Baugen, Techniker Breuß aus Graudenz.]

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Die Rittergutsbesitzer Major a. D. v. Helledorf aus Gwarzewo, v. Martini aus Lukowo, Warnitz aus Balla-Mühle, Fräulein Schinowski aus Niepruzewo, Oberst u. Regt.-Kom. Kuhlman aus Miltitz, Major v. Neubaus aus Danzig, Hauptmann v. Ruville aus Berlin, Hauptmann Dallmann mit Familie aus Gnesen, Landesökonomie-Rath und Rittergutsbesitzer Krenemann aus Klenfa, Mühlenbesitzer Baerwald aus Schloß Schalein, Dr. Jaffe aus Berlin, die Kaufleute Alexander, Schindler und Graeb aus Berlin, Gelhorn aus Danzig, Maack aus Breslau, Köppler aus Vieg-nitz, Grobenhein aus Dresden.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Makowski aus Posen, Schött, Kohn, John, Günther aus Berlin, Lindenberg aus Frankfurt a. Main, Quigis aus Pfaffenburg, Distriktskommissarius Kempf aus Erin, Maler Nepkowski aus Reidenburg, Kaufmann Adolph aus Berlin.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Goldstücker aus Breslau, Roman, Rosenzweig, Behrendt, Blumenfeld, Groß und Schmaehl aus Berlin, Maßmann aus Schwiege und Rittenmacher aus Stettin, Lehrerin Doehorn aus Wunschelsburg und Inspektor Antwerper aus Neudieb.

Hotel de Berlin (W. Kamieski). Die Rittergutsbesitzer Dr. v. Chelmicki aus Lubowo und Großmann aus Rakolewo, die Kaufleute Ramba und Frau aus Schroda und Stachowski aus Mogilno, die Administratoren Baleski aus Obrowo und Szafar-kiewicz und Frau aus Mielzewo.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Blaas aus Bleichen und Teichel aus Schönan, Inspektor Wistram aus Wargowitz, Gutbesitzer v. Jaroschowski aus Solonitz.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Schönbach aus Chemnitz, Casparius aus Berlin, Winter aus Dresden und Auerbach aus Frankfurt, Prem.-Lieutenant v. Nische und Frau aus Thorn, Regierungs-Baumeister Mehring aus Berlin, Pfarrer Marcuse aus Breslau.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1891.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
13. Nachm. 2.	770.3	W. leicht 3.	bedeckt	- 1.2
13. Abends 9.	766.6	W. leicht	bedeckt	- 1.5
14. Morgs. 7.	754.1	W. schwach	bedeckt	- 0.9

*) Nachts und früh Schnee.

Am 13. Januar Wärme-Maximum - 0.8° Cels.

Am 13. = Wärme-Minimum - 2.3° =

Grosse Gewinne

mit 100 Mark garantiert

an der Handels-Börse

einlosbar alle 30 Tage

Kein Risiko

E. Dowolwy

171 Nieuwestraat

Amsterdam.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Hamburg, 13. Jan. Gold in Barren per Kilogramm 2786 Br., 2782 Gd.

Silber in Barren pr. Kilogr. 142,25 Br., 141,75 Gd.

Breslau, 13. Jan. Still.

3 1/2 % ige L.-Randbriefe 98,00, 4 % ige ungarische Goldrente 91,90, Konsolidirte Türken 18,90, Türkische Loose 81,00, Breslauer Diskontobank 106,75, Breslauer Wechselbank 105,90, Schlesischer Bankverein 123,50, Kreditaktien*) 174,60, Donnersmarchhütte 88,75, Obereschlesische Eisenbahn 89,50, Oppelner Zement 17,00, Kramsta 129,75, Laurahütte 141,50, Verein. Delfabr. 102,00, Oesterreichische Banknoten 177,55, Russische Banknoten 238,00.

Schles. Zinkaktien —, Obereschl. Portland-Zement 112,00, Archimedes 130,00, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 130,75, Föthner Maschinenbau 111,75.

*) Per ultimo.

Frankfurt a. M., 13. Jan. Effekten = Sozietät. (Schluß). Kreditakt. 274 1/2, Franzosen 221 1/2, Lombarden 117 3/4, Galizier 186 1/2, Ägypter —, 4 % ungar. Goldrente 92,50, 1880er Russen —, Gotthardbahn 159,60, Diskonto = Kommandit 214,40, Dresdner Bank 157,25, Laurahütte 142,80, Gelsenkirchen 174,90, Courl Bergwerk —, Portugiesen —, Feit.

Privatdiskont 3 % Prozent.
Wien, 13. Jan. Abendsbörse. Ungarische Kreditaktien 356,75, österr. Kreditaktien 308,50, Franzosen 246,60, Lombarden 132,00, Galizier 209,25, Nordwestbahn 215,75, Elbethalbahn 222,50, österr. Papierrente 90,10, do. Goldrente 108,25, 5proz. ungar. Papierrente 101,35, 4proz. do. Goldrente 104,00, Marknoten 56,05, Napoleons 9,05 1/2, Bankverein 117,00, Tabaksaktien 148,00, Alpine Montan 92,60, Unionbank 244,00, Länderbank 217,50, Renten steigend.

London, 13. Januar. (Schlußkurse.) Feit.
Engl. 2 1/2 % Prozent. Consols 96 1/2, Preuß. 4proz. Consols 104, Ital. 5proz. Rente 91 1/2, Lombarden 124 1/2, 3 1/2 % 1889 Russen (II. Serie) 98 1/2, konv. Türken 18 1/2, österr. Silberrente 78 1/2, österr. Goldrente 94, 4proz. ungar. Goldrente 91 1/2, 4proz. Spanier 75 1/2, 3 1/2 % Ägypter 93 1/2, 4proz. unific. Ägypter 96 1/2, 3proz. garant. Ägypter 101, 4 1/2 % Trib.-Anl. 99, 6proz. Mexikaner 93 1/2, Ottomankont 14 1/2, Suezaktien 95 1/2, Canada Pacific 77 1/2, De Beers neue 17 1/2, Plazdiskont 2 1/2.

Itto Tinto 23 1/2, 4 1/2 % Rupees 83 1/2, Argentinier 5proz. Goldanleihe von 1886 75 1/2, Argentinier 4 1/2 % 1890er Anleihe 58.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,57, Wien 11,64, Paris 25,42, Petersburg 27 1/2.

Rio de Janeiro, 12. Jan. Wechsel auf London 20 1/2.

Produkten-Kurse.

Königsberg, 13. Jan. Getreidemarkt. Weizen fester. — Roggen besser, loco per 2000 Pfd. Zollgew. 151. — Gerste unverändert. — Hafer unverändert, loco per 2000 Pfd. Zollgew. 126. — Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. unverändert. — Spiritus per 100 Liter 100 Prozent loco 65,00, per Januar 65,00, Februar 65,00. — Wetter: Frost.

Köln, 13. Jan. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 19,00, do. fremder loco 22,00, per März 19,55, per Mai 19,75. Roggen hiesiger loco 17,50, fremder loco 19,25, per März 17,30, per Mai 17,90. Hafer hiesiger loco 15,00, fremder 17,00. Hüßel loco 62,00, per Mai 60,30, per Oktober 59,10.

Bauges. Humb.	8	119,50 G.
---------------	---	-----------

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von B. Deder & Comp. (A. Köfeler) in Wien.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von B. Deder & Comp (H. Höfel) in Bosen.